



Friedensprozess in Kolumbien: Soziale Bewegungen fordern ihre Beteiligung ein und bündeln ihre Kräfte

Nachricht von Heike Hänsel, 21. Dezember 2012

Bericht vom „Internationalen Treffen: Die Völker bauen den Frieden auf“, Bogotá, 4. bis 6. Dezember 2012

Heike Hänsel (l.) beim internationalen Treffen „Die Völker bauen den Frieden auf“

Sofortiger Waffenstillstand und Einbeziehung der Opferverbände und anderer Betroffener in die Friedensverhandlungen – mit diesen Forderungen begleiten die kolumbianischen sozialen Bewegungen den gegenwärtigen Friedensprozess in ihrem Land. Mit der Aufnahme von Friedensverhandlungen zwischen der kolumbianischen Regierung und der FARC-EP verbindet sich für die Menschen in Kolumbien die Hoffnung auf ein Ende des 50-jährigen bewaffneten Konflikts. Doch kann ein umfassender Friedensprozess nicht durch die bewaffneten Kräfte alleine herbeigeführt werden. Er muss alle Betroffenen mit einbeziehen und auch die sozialen

Ursachen des Konflikts bearbeiten.

Zuletzt haben soziale Bewegungen in Kolumbien dieser Forderung auf einem internationalen Treffen unter dem Titel „Die Völker bauen den Frieden auf“, das vom 4. bis 6. Dezember in Bogotá stattfand, Ausdruck verliehen. Daran hatten sich rund 600 Menschen beteiligt, darunter auch internationale Gäste aus El Salvador, Guatemala, Nordirland, Baskenland, Deutschland, Uruguay und Kuba. Im Vorfeld des internationalen Treffens hatten im Verlauf der vergangenen zwei Jahre zahlreiche Versammlungen der sozialen Organisationen der BäuerInnen, Indigenen, AfrokolumbianerInnen und der städtischen BewohnerInnen auf regionaler und nationaler Ebene stattgefunden, um eine gemeinsame Vision von einer friedlichen und sozialen Zukunft für Kolumbien zu entwickeln. Nach langer Zeit der Verfolgung und Spaltung konnten die sozialen Organisationen nun unter der „Ruta social común para la Paz“ (Gemeinsamer sozialer Weg zum Frieden) ein gemeinsames Dach für ihren Kampf um Frieden und soziale Gerechtigkeit finden.

Die internationalen Gäste brachten dabei ihre Erfahrungen aus Verhandlungs- und Friedensprozessen und sozialen Kämpfen ein. Alle TeilnehmerInnen des Internationalen Treffens der Einheit der sozialen Organisationen verpflichtet. Für das zweite Halbjahr 2013 werden sie zu einem weiteren gemeinsamen Treffen aufrufen.

Eine Hauptforderung der beteiligten und betroffenen sozialen Organisationen auf dem Internationalen Treffen war, einen bilateralen Waffenstillstand zu erreichen. Eine solche Vereinbarung würde von der kolumbianischen Gesellschaft als eine Geste des guten Willens der Konfliktparteien verstanden und könnte vor allem helfen, die humanitäre Krise zu

mindern.

Auch Heike Hänsel, entwicklungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, nahm am Internationalen Treffen teil. Sie fasste ihre Eindrücke so zusammen: „Ein gerechtes und friedliches Kolumbien kann nicht durch Zugeständnisse des Staates erreicht werden. Es liegt an den sozialen Organisationen, durch Mobilisierung die ungerechte soziale und politische Realität umzukehren und eine politische Alternative von unten zu entwickeln.“

Einen ersten Erfolg konnten die sozialen Organisationen bereits erzielen: Auf ihren Druck ist es zurückzuführen, dass vom 17. bis 19. Dezember in Bogotá das Forum zur integralen ländlichen Entwicklung stattfand – ausdrücklich als Teil des Friedensprozesses. Das Forum wurde ein Ergebnis der bisherigen Friedensverhandlungen von den Vereinten Nationen und der kolumbianischen Nationaluniversität ausgerichtet. Die Zivilgesellschaft konnte das Forum nutzen, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen und den Anspruch zu untermauern, am Friedensdialog und am Aufbau einer friedlichen, demokratischen Zukunft beteiligt zu werden.

linksfraktion.de, 21. Dezember 2012